

Kanton Zürich investiert 11 Millionen in die psychische Gesundheit von Jugendlichen

Der Kanton Zürich schafft mehr Angebote für die psychische Gesundheit von Jugendlichen. Der Kantonsrat hat 10,7 Millionen Franken gesprochen. Vorgesehen waren 5 Millionen weniger.

Daniel Hitz
Publiziert: 20.01.2025, 17:27

3 | | | |



Das Initiativkomitee und mehrere Kantonsratsmitglieder haben am Montag vor dem Zürcher Parlamentsgebäude nach gewonnener Abstimmung mit einem Banner posiert.

Foto: PD/Kevin Ciotta

Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.

Abo abschliessen Login

BotTalk

In Kürze:

- Das Parlament genehmigte 10,7 Millionen statt der vorgeschlagenen 5,7 Millionen Franken für die psychische Gesundheit von Jugendlichen.
- Die zusätzlichen Mittel sollen in die Weiterbildung von Psychologen investiert werden.
- Oppositionsstimmen fordern gezieltere Problemlösungen statt lediglich finanzielle Investitionen.



VUSE GO 1000 Pen

Keramik - Erhitzungstechnologie. Dreizehn Geschmacksrichtungen.

Jetzt kaufen

Die Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt!» hat etwas geschafft, was zuvor noch keiner anderen Initiative im Kanton Zürich gelungen ist. Im November 2023 überwies sie der Kantonsrat ohne eine einzige Gegenstimme an den Regierungsrat. Dieser war von sich aus bereit, das Anliegen umzusetzen.

Der Vorstoss zielt darauf ab, die psychische Gesundheit von Zürcher Kindern und Jugendlichen zu schützen. Eingereicht hat ihn das Komitee rund um den 24-jährigen Benedikt Schmid aus Thalwil, der im Vorstand der Jungen Mitte Schweiz sitzt. 20 Verbänden aus den Bereichen Gesundheit, Jugendförderung und Bildung haben die Initiative unterstützt.

Von der damaligen Einigkeit im Parlament ist nur noch wenig übrig, wie die Kantonsratsdebatte am Montag zeigte. Nun stimmte das Parlament nämlich über die konkrete Umsetzung ab. 10,7 Millionen Franken hat es gesprochen. Das ist fast doppelt so viel, wie der Regierungsrat bereit war, dafür auszugeben.

Mehr Geld für Weiterbildungen

Dieser beantragte nämlich, 5,7 Millionen Franken in den Ausbau von psychologischen Angeboten für Kinder und Jugendliche zu investieren. Geld, das unter anderem in das Abklärungs- und Notfallzentrum der Psychiatrischen Universitätsklinik fließt sowie die neue Funktion einer Kantonspsychiaterin schafft, welche die psychiatrische Versorgung im Kanton koordiniert.

Einer Mehrheit der zuständigen Kantonsratskommission war dies zu wenig. Sie wollte den Kredit um fünf Millionen Franken erhöhen. Dieses zusätzliche Geld soll in die Weiterbildung von Psychologinnen und Psychologen investiert werden, damit diese eine Ausbildung in Kinder- und Jugendtherapie machen.

Damit greift die Kommission die Argumente der Initianten auf. Laut diesen müssen betroffene Jugendliche teilweise monatelang auf Unterstützung warten. Verstärkend komme hinzu, dass sich bereits viele Psychotherapeuten kurz vor dem Pensionsalter befänden und zu wenige nachrückten. Die Kosten für die Weiterbildung von 50'000 bis 70'000 Franken seien dabei für viele eine Hürde, weshalb hier der Kanton zusätzlich investieren solle.

Für die Bürgerlichen war der Bogen damit überspannt. Lorenz Habicher (SVP, Zürich) bezeichnete das zusätzliche Geld als «Investitionen ins Prinzip Hoffnung». Denn man würde ein Projekt finanzieren, dessen Wirkung man nicht kenne. Andere forderten, lieber die Ursachen anzugehen, statt die Symptome zu bekämpfen. Es brauche nicht mehr Geld für Behandlungen, sondern handyfreie Schulen und mehr Zeit mit der Familie, sagte Hans Egli (EDU, Steinmaur).

Regierungsrat sieht Nutzen fraglich

Kritisch sieht das zusätzliche Geld auch Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP). Der Fachkräftemangel werde durch die zusätzliche Massnahme nicht reduziert und auch die Wartezeiten nicht verkürzt, sagte sie. «Bereits heute erhalten die Spitäler genügend Bewerbungen für Weiterbildungsstellen.»

Rickli wies zudem darauf hin, dass es rund 88 Prozent der Jugendlichen im Kanton gut gehe. Und für die anderen habe der Regierungsrat in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen getroffen. Als Beispiel nannte Rickli das Kriseninterventionszentrum im Zürcher Seefeld, die Eröffnung einer Tagesklinik in Winterthur oder die kürzlich in Betrieb genommene Jugendklinik in Oetwil.

Die Argumente der Gesundheitsdirektorin konnten eine Mehrheit des Kantonsrats aus Linken, Mitte und GLP nicht überzeugen. Das Parlament stimmte den 10,7 Millionen Franken mit 98 zu 72 Stimmen zu.

Junger Initiant will weiterkämpfen

Von der Tribüne aus mitverfolgt hat die Kantonsratsdebatte auch Initiant Benedikt Schmid. «Ich bin heute Morgen ganz elektrifiziert aufgestanden», sagt er.

Die Initiative lanciert hatte er vor 2,5 Jahren, weil mehrere seiner Freunde mit psychischen Problemen zu kämpfen hatten. Er hatte Freunde, die plötzlich in der Schule fehlten, weil sie am Anschlag waren, und deren Eltern keinen Rat wussten.



Der 24-jährige Benedikt Schmid aus Thalwil ist einer der prägenden Köpfe hinter der Initiative. Er will sich nun weiter für das Thema einsetzen.

Foto: PD/Kevin Ciotta

Die Probleme seien komplex, die Aufklärung fehle. Vor allem während der Pandemie habe es «geklopft», die Jugendpsychiatrien waren überlastet. «Die Erfahrungen aus dieser Zeit haben vermutlich geholfen, dass die Initiative anfangs ohne Widerstand durchkam.»

Dass für die Umsetzung nun zusätzliche 5 Millionen gesprochen wurden, freut Schmid. Für ihn war die Initiative jedoch erst der Anfang. Sein Kampf um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geht weiter. «Wir müssen jetzt Gas geben», sagt der 24-Jährige.

Er will nun kontrollieren, dass die Gelder auch ihren Zweck erfüllen, und plant Informationsveranstaltungen für Masterstudenten in Psychologie. Zudem ist er unterdessen in seinem Heimatbezirk Horgen Teil einer Taskforce, die sich im Kampf gegen Schulabsentismus starkmacht.